



© UNHCR

TAGUNG DER SP AG ZUR FLÜCHTLINGSPOLITIK

# Wichtig ist die Aufnahme von Flüchtlingen

**Am 18. Oktober findet eine SP-Tagung für Aargauer Exekutiv- und Legislativmitglieder zum Thema Asyl statt. Der Bericht der Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Liechtenstein Susin Park anerkennt die Leistung der Schweiz für Flüchtlinge. Nötig wären aber vermehrte Anstrengungen.**

Über 51 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Dies hauptsächlich wegen dem Krieg in Syrien. 3 Millionen Menschen wurden durch ihn zu Flüchtlingen, 6,5 Millionen zu Vertriebenen im eigenen Land. Ein Ende dieser Tragödie ist nicht absehbar. Zahlreiche weitere Konflikte sind in den letzten Jahren dazu gekommen: in der Ukraine, in Zentralafrika, dem Sudan und dem Irak, dem jüngsten Schreckensbeispiel. Und viele «alte» Konflikte konnten noch immer nicht beigelegt werden.

Hinter all diesen anonymen Zahlen stehen Menschen, die unverschuldet alles verloren haben, ihr Zuhause, ihre Freunde und Verwandten, ihre Arbeit, ihre Heimat. Es sind aber auch Geschichten von Mut und Hoffnung: vom Mut, die Flucht in ein anderes Land zu wagen, in der Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit und Würde.

Rund 90 Prozent der Flüchtlinge suchen in den Nachbarländern Schutz. Syrerinnen und Syrer zum Beispiel versuchen in erster Linie, bei ihren Nachbarn, in Jordanien, der Türkei und dem Libanon, unterzukommen. Allein der Libanon mit rund 4,4 Millionen Einwohnern hat bislang mehr als 1,2 Millionen SyrerInnen Zuflucht geboten. Auf die Schweiz hochgerechnet entspräche das mehr als 2 Millionen Menschen.

Der kleine Libanon und die ganze Region drohen unter dieser Last zu zerbrechen. Nach Europa sind dagegen bislang nur rund 125 000 SyrerInnen gekommen, weniger als 4 Prozent der Geflüchteten. Weltweit

reist nur ein kleinster Bruchteil der Flüchtlinge nach Europa, etwa um hier mit ihren Familien zusammen zu kommen. Mangels legaler Reisemöglichkeiten müssen sie sich Menschenhändlern anvertrauen und oft in kleinen, überfüllten Booten die lebensgefährliche Reise übers Meer wagen. UNHCR hat die Staaten wiederholt dazu aufgerufen, mehr legale und somit sichere Einreisewege zu schaffen, durch vereinfachte Visa-Bestimmungen und Familienzusammenführungen oder durch die Schaffung von mehr Resettlement-Plätzen\* für sogenannte Kontingents-Flüchtlinge. Allein für syrische Flüchtlinge bräuchte UNHCR 2015/2016 mindestens 100 000 Aufnahmeplätze.

Die Schweiz zeigt Engagement mit substantiellen Beiträgen für die humanitäre Hilfe, mit Visaerleichterungen für 3700 syrische Staatsangehörige und 500 Resettlement-Plätzen für besonders verletzte Flüchtlinge innert drei Jahren. Auch andere Staaten leisten wichtige Beiträge. Deutschland will mehr als 25 000 Syrer aufnehmen und Liechtenstein mit weniger als 37 000 EinwohnerInnen hat jüngst 25 Resettlementplätze zur Verfügung gestellt.

Humanitäre Hilfe und die Unterstützung vor Ort sind unerlässlich und wichtig. Aber ebenso wichtig ist die Aufnahme von Flüchtlingen hier und jetzt. Der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge António Guterres sagte es unlängst so: «Es ist an der Zeit, dass Europa mit seiner Nächstenliebe zuhause beginnt.»

\*Die dauerhafte Neuansiedlung besonders verletzlicher Flüchtlinge in einem zur Aufnahme bereiten Drittstaat, der ihnen vollen Flüchtlingschutz gewährt und ihnen die Möglichkeit bietet, sich im Land zu integrieren.



Susin Park von Genf ist Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Liechtenstein.

## EDITORIAL

### Über 51 Millionen Menschen auf der Flucht!

Die Aufnahme der Flüchtenden ist enorm wichtig, Europa und die reiche Schweiz tun sich aber schwer damit. Insbesondere unser Kanton fällt auf mit negativer Stimmungsmache und Festivitäten gegen Kriegsflüchtlinge. Was da in den letzten



Monaten abging, hat eindeutig die Schmerzgrenze überschritten. Mit einem Kanton, der mit Abgrenzung auf sich aufmerksam macht und in dem menschenunwürdiges Verhalten salonfähig geworden ist, kann sich die SP nicht identifizieren. Wir schweigen nicht mehr und haben zu einem Stopp des Fremdenhasses und der Ausgrenzung aufgerufen. Die Hetzjagd auf bestimmte Personengruppen ist nicht tolerierbar. Wir wehren uns gegen den Verlust jeglicher Empathie gegenüber den Nöten anderer Menschen und gegen die anhaltenden diffamierenden Äusserungen von Grossräten und weiteren Personen. Das aber reicht nicht. Wir müssen miteinander ins Gespräch kommen. Am 18. Oktober haben unter anderem unsere Exekutiv- und Legislativmitglieder aus den Gemeinden und Städten die Gelegenheit dazu: mit den Regierungsmitgliedern Susanne Hochuli und Urs Hofmann, Patrizia Bertschi vom Netzwerk Asyl Aargau und Susin Park, Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz. Die SP setzt sich für einen offenen und gastfreundlichen Kanton Aargau ein, der als Teil eines sehr reichen Landes mit hohem Lebensstandard seinen Beitrag zu einer humanitären und solidarischen Schweiz leistet.

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau.

## KOMMENTAR

## Pauschalbesteuerung abschaffen

Ikea-Eigentümer Ingvar Kamrad zahlte in der Waadt bis zum Wegzug auf ein Vermögen von über 30 Milliarden Franken lächerliche 200 000 Franken Steuern im Jahr. 5634 ausländische MillionärInnen, die in der Schweiz wohnen, können von der Pauschalbesteuerung profitieren, wenn sie in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben. Statt auf der Basis ihres tatsächlichen Einkommens und Vermögens werden sie pauschal aufgrund ihrer mutmasslichen Lebenshaltungskosten besteuert. Diese Pauschalbesteuerung verletzt die Rechtsgleichheit und die Steuergerechtigkeit. Offenbar sind in der Schweiz nicht alle gleich vor dem Gesetz und der Verfassung. Dabei ist die Rechtsgleichheit ein zentraler Grundsatz unseres Rechtsstaates.

Ein Staat, der solide finanziert ist, braucht eine gute Steuermoral. Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz sollen gleich besteuert werden wie die Schweizerinnen und Schweizer, und zwar nicht nach den Lebenshaltungskosten – das ist ein irrwitziges Kriterium –, sondern nach ihrem hiesigen und weltweiten Einkommen und Vermögen. Alles andere öffnet dem Missbrauch Tür und Tor. Zürich, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben die Pauschalbesteuerung bereits abgeschafft. In Zürich hat man nach der Abschaffung der Pauschalbesteuerung sogar Mehrerträge generiert, obwohl die Hälfte der Pauschalbesteuerten weggezogen ist. In den Villen der Weggezogenen wohnen heute nämlich wiederum gut Betuchte, die normal Steuern zahlen. Machen wir also am 30. November Schluss mit den ungerechten Steuerprivilegien für ausländische Millionäre!

Thomas Leitch von Wohlen ist SP-Grossrat.



## STARKE SP IN DER AGGLO

## SP in den Gemeinden stärken?

**Die SP soll in den Agglomerationsgemeinden stärker werden. Dies bedeutet: Die Sektionen müssen gestärkt und brennende Themen vor Ort politisch umgesetzt werden. Die nötige Unterstützung dabei soll von der SP Schweiz kommen.\* Das Projekt «Starke SP in der Agglo» der SP Schweiz wurde im Parteirat diskutiert. Es ist ein Angebot, das Sektionen helfen kann.**

Das Ergebnis vom 9. Februar kam in der Agglo zustande. Darum: «Die Agglo für eine solidarische, offene und progressive Schweiz und unsere Partei zu gewinnen, ist keine einfache Sache. Wir gewinnen die Agglo nicht, wenn wir unsere Politik dem nationalkonservativen Diskurs anpassen. Der einzige Weg führt über eine Politik, die sich den konkreten Bedürfnissen und Problemen der Menschen in den unterschiedlichen Agglomerationsgemeinden annimmt und mit sozialdemokratischen Antworten darauf reagiert.» So definiert ein internes Papier der SP Schweiz die Aufgabenstellung des Projekts «Starke SP in der Agglo», das SP-Co-Generalsekretärin Leyla Gül dem Parteirat vom 26. August vorstellte. Es braucht in der Agglomeration, und das ist der ganze Aargau, eine Stärkung der Sektionen: Wie können sie ihre Ziele erreichen? Und es braucht eine gute Politik für die je verschiedenen Bedürfnisse in den Gemeinden und Städten. Wenn wir die Lebensqualität der Menschen heben wollen, müssen wir eine fortschrittliche und attraktive Lokalpolitik gestalten.

**Mobilität:** So im Bereich Mobilität und Verkehr, eine wesentliche Herausforderung von Agglomerationen mit vielen Pendler\_innen. Vorschläge dazu: Ausbau des öffentlichen und des Fuss- und Veloverkehrs, kein gleichzeitiger Ausbau des motorisierten Individualverkehrs, eine ganzheitliche regionale Mobilitätspolitik.

**Raumplanung und Siedlungspolitik:** Eine zeitgemässe Raumplanung und Siedlungspolitik setzt sich zum Ziel, öffentliche (Frei-)Räume und Begegnungsstätten zu schaffen und deren soziale Durchmischung zu garantieren. Man erreicht dies, indem man in erster Linie in vom öffentlichen Verkehr bereits gut erschlos-

senen Gebieten baut und eine nachhaltige und innovative Siedlungsentwicklung angeht.

**Wohnen:** Die Probleme auf dem privaten Wohnungsmarkt sind in Agglomerationsgemeinden eng verknüpft mit siedlungs- oder verkehrspolitischen Fragen. Gute Massnahmen sind die Förderung genossenschaftlicher und gemeinnütziger Bauträger, mehr Transparenz für Mieter\_innen und eine aktive Bodenpolitik des Staates.

**Sozial- und Familienpolitik:** Eine fortschrittliche Sozial- und Familienpolitik ist nicht nur, aber auch in den Agglomerationen von zentraler Bedeutung. Die Bedürfnisse mögen in den einzelnen Agglomerationsgürteln und in den Gemeinden unterschiedlich sein, das Ziel der SP bleibt aber gleich: Sozial- und Familienpolitik muss zu mehr Solidarität, Gerechtigkeit und Chancengleichheit führen. Mit Kinderbetreuungsangeboten, Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für beide Elternteile und Elternurlaub kommt man hier weiter.

Bis Mitte Oktober 2014 können sich an dem Projekt interessierte Sektionen beim Kantonalsekretariat melden. Die SP Aargau wird dann zusammen mit der SP Schweiz den Interessierten passende Unterstützungen wie Beratungen und Schulungen anbieten.

\* siehe links.ch Nr. 146 vom Juni 2014, S. 2 f.  
(<http://www.sp-ps.ch/ger/Media-library/AA-SP-Schweiz/Medien/Publikationen/links.ch/2014/146/links-146-Juni-2014>)

Katharina Kerr von Aarau  
ist Redaktorin links.ag.



Gränichen.

ABBAUPAKET «LEISTUNGSANALYSE» TEIL 2 UND BUDGET 2015

# Wir wollen keinen Discount-Kanton!

**Am 1. Juli stimmte die bürgerliche Mehrheit in 1. Lesung fast allen Abbaumassnahmen der Regierung zu. Im Herbst kommt das Abbaupaket noch einmal in den Grossen Rat. Die SP wird sich dagegen wehren.**

Bei der sogenannten «Leistungsanalyse» geht es nicht um Analyse, sondern um Abbau: Der Kanton soll weniger Geld ausgeben, und zwar etwa jene Summe, die er an Einnahmen verloren hat, weil er immer wieder Steuern für Reiche gesenkt hat. Unter der fatalen Steuerpolitik müssen nun die leiden, die sich am wenigsten wehren können: Kinder, die um ihre Bildung gebracht werden, sozial Schwächere, die auf Hilfe angewiesen sind, aber auch Umwelt und Kultur.

## Gesetzesänderungen und Budgetmassnahmen

Das Abbaupaket besteht aus rund 190 einzelnen Massnahmen. Für gut 30 davon braucht es eine Gesetzesänderung. Darüber hat der Grosse Rat am 1. Juli beraten. Die SP wehrte sich nach Kräften gegen den regierungsrätlichen Kahlschlag, der von den Bürgerlichen meist durchgewinkt wurde. Ende August präsentierte die Regierung diese Gesetzesänderung nun für die zweite Beratung im Parlament und dazu die gut 150 Massnahmen, der weitaus grössere Teil des Abbaupaketes, die direkt über das Kantonsbudget vorgenommen werden. Der Regierungsrat hält fest: Im nächsten Jahr sollen 67 Millionen gespart werden, in den Folgejahren dann jeweils bis weit über 100 Millionen.

## Ideologisches Projekt und Machtpolitik

Die Ratslinke wird gegen das Abbaupaket keine Chance haben. Die bürgerliche Mehrheit ist entschlossen, ihr ideologisches Projekt zu verwirklichen und den Aargau zu einem Discount-Kanton zu machen, der möglichst wenig kostet. Mit den Steuersenkungen wurde denen mehr gegeben, die schon viel haben, jetzt müssen die Schwächeren dafür bezahlen. So sieht Machtpolitik aus. Wir werden uns aber dafür einsetzen, dass diese Abzocke nicht unauffällig über die Bühne geht. Wir werden auf die Folgen und auf die Opfer aufmerksam machen.

Bei der Budgetberatung im Grossen Rat Ende November wird sich die SP-Fraktion gegen alle Massnahmen wehren, die einen Abbau in der Bildung, im Sozialbereich, bei der Umwelt und bei der Kultur bringen. Zudem ergreifen wir das Referendum gegen die dazu



Aarauer Kundgebung vom 6. Mai 2014 gegen Abbaupolitik.

notwendigen Gesetzesänderungen – wenn nötig mit Unterschriften auf der Strasse. So können die Aargauerinnen und Aargauer zumindest über einen Teil des Abbaupaketes abstimmen.

## Der Kanton, den wir wollen

Auch das wird nicht einfach: Die Sparhysterie wird in der öffentliche Diskussion schon lange gezielt gefördert, und die SP wird oft als die Partei dargestellt, die einfach nur Nein sagt. Dem setzen wir Positives entgegen. Wir sagen, wofür der Aargau Geld einsetzen soll, anstatt Steuergeschenke zu machen: für eine gute Bildung, die der Wirtschaft die Fachkräfte gibt, die sie braucht. Für eine Sozialpolitik, die Sozialhilfebeziehende nicht zu Menschen zweiter Klasse und die Familie nicht zum Armutrisiko macht.\* Für eine gut ausgebaute Infrastruktur, die allen etwas bringt. Für eine lebenswerte Umwelt. Kurz: Für den attraktiven, offenen und erfolgreichen Kanton, den die Regierung in PR-Broschüren so gerne behauptet ...

\* Die FDP wehrte sich heftig gegen die SP-Medienmitteilungen im August zum Umgang der Gemeinden mit Sozialfällen und stellte fest, dass Finanz- und Sozialpolitik keinen Zusammenhang hätten ...

### Marie-Louise Nussbaumer

**Marty** von Nussbaumen ist Gemeinderätin und Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion. **Dieter Egli** von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.



## KOMMENTAR

### Listenqualität

In einem Jahr stehen wir mitten im Wahlkampf. Am 18. Oktober 2015 werden die eidgenössischen Räte neu bestellt. Was wird entscheidend sein für den Wahlerfolg?



Der schweizweite Trend? Die kantonale Politik? Die Qualität des Wahlkampfs vor Ort? Oder sind es die Kandidatinnen und Kandidaten? Es ist müssig, darüber zu streiten, was

welchen Anteil am Wahlausgang haben wird. Wichtig ist: Was wir beeinflussen können, müssen wir möglichst gut machen.

In den nächsten Monaten geht es um die Auswahl der Kandidierenden. Unsere vier in Bern – Pascale im Ständerat, Yvonne, Cédric und Max im Nationalrat – treten wieder an. Sitzgewinne werden schwierig zu realisieren. Ist es also unattraktiv zu kandidieren? Ja für all jene, die ihr Ticket nach Bern schon im Voraus auf sicher haben wollen. Nein für jene, die Wahlen als wichtige Plattform sehen, unsere Vorschläge, Projekte, Visionen für die Zukunft der Schweiz aufzuzeigen und die bereit sind, dafür zu kämpfen, dass künftig in unserem Land Politik für alle und nicht für wenige gemacht wird.

Wahlen mögen für einige zeitlich ungelegen kommen. Gründe, nicht zu kandidieren, gibt es immer. Dennoch: Aus allen Regionen müssen diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten auf die Liste, die unsere Ideen am glaubwürdigsten vertreten und denen die Wählerinnen und Wähler eine gute sozialdemokratische Politik in Bern zutrauen. Nationalratswahlen sind kein Jekami. Die Listenqualität kann matchentscheidend sein. Und dieses Spiel dürfen wir nicht verlieren.

**Urs Hofmann** von Aarau ist SP-Regierungsrat.

JUSO ZUM BÜPF

# BÜPF ist ein Angriff auf unsere Grundrechte

**Aktuell beschäftigt sich Bundesbern mit der Revision des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, kurz BÜPF. Das Gesetz erlaubt unter anderem die Installation von so genannten Staatstrojanern auf Computern und Handys, die Speicherung unserer Internetverbindungsdaten sowie die Überwachung unserer Mobiltelefone. Was angeblich unserer Sicherheit dienen soll, ist nichts anderes als ein enormer Ausbau der systematischen Überwachung.**

Mit diesem Gesetz werden die in der Bundesverfassung festgehaltenen Grundrechte auf Persönlichkeitsschutz, Garantie des Privatlebens und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung faktisch aufgelöst.

## Mehr Überwachung ist nicht gleich mehr Sicherheit

Es ist eine Illusion, dass mehr Überwachung automatisch zu mehr Sicherheit führt. Gesetzwidriges Verhalten und Gewalt werden dadurch nicht verhindert. Vielmehr sollte eine sinnvolle Prävention gefördert werden, und dazu zählt auf keinen Fall eine totale Überwachung. Mit einer solchen Überwachung stünde jede Person unter einem Generalverdacht. Die Unschuldsvermutung,

auf welcher unser Rechtssystem aufbaut, würde dann nicht mehr gelten. Ein ähnliches Gesetz zur Randdatenspeicherung wurde in Österreich erst kürzlich aufgrund eines Urteils des europäischen Gerichtshofs als ungültig erklärt. Laut dem EUGH ist ein solches Gesetz zwar nicht illegal, aber ein Angriff auf die Grundrechte. Auch viele Schweizer Jurist\_innen sehen die Sachlage gleich.

## Problemfall Staatstrojaner

Höchst problematisch ist – neben den vielen fragwürdigen Überwachungsmethoden – der Staatstrojaner. Ich zitiere aus der Botschaft des Bundesrates: «Aus Sicht der kontaktierten Fachleute aus dem wissenschaftlichen Bereich ist es jedoch nicht möglich, Gov-

Ware («Staatstrojaner») zu entwickeln und in Betrieb zu halten, die unter allen Umständen korrekt funktionieren, das heisst keinen Einfluss auf andere Programme oder Funktionen haben.» Mit diesen Worten bestätigt der Bundesrat, dass selbst Expert\_innen nicht wissen, welche technologischen Auswirkungen ein solcher Schnüffel-Trojaner konkret hat. Einen solchen auf die Bürger\_innen loszulassen, widerspricht ganz klar der allgemeinen Auffassung von Freiheit und ist ein Einschnitt in die Grundrechte.

Die Sozialdemokratie hat sich stets für die Grundrechte und für die Freiheit aller Menschen eingesetzt. Dieses Gesetz in der aktuellen Form ist ein direkter Angriff auf diese Grundsätze. Wir sind verpflichtet, es entsprechend zu bekämpfen.

**Sascha Antenen** von Zofingen ist Präsident der JUSO Aargau und Vize-Präsident der SP Zofingen-Uerkheim-Brittinau.



## Retten wir den Bruno Weber Park!

Aus finanziellen Gründen soll der Park in Spreitenbach im Oktober 2014 definitiv geschlossen werden! Wie kann der «Kulturkanton» Aargau diesen bedeutenden Skulpturenpark schliessen und verfallen lassen wollen!

Bitte unterzeichnet bis 30.9.2014 die «Petition zur Rettung des Bruno Weber Parks» (siehe Homepage der SP Aargau) und unterstützt weitere Aktionen! Danke!

Martin Christen, SP-Grossrat / Komitee zur Rettung des Bruno Weber Parks

## 23. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 2. Oktober 2014  
19.30 bis 21.00 Uhr

Restaurant Huwyler  
5634 Merenschwand

Bericht von der Herbstsession

mit offerierter Suppe

Es lädt ein:  
SP Bezirk Muri und SP Freiamt

## PAROLEN FÜR DIE ABSTIMMUNG VOM 18.9.2014

### EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN:

- Volksinitiative vom 21. September 2011 «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»: **Nein**
- Volksinitiative vom 23. Mai 2012 «Für eine öffentliche Krankenkasse»: **Ja**

### KANTONALE VORLAGEN:

- Aargauische Volksinitiative «Für die Offenlegung der Politikfinanzierung» vom 17. April 2012: **Ja**

## AGENDA

23. September, 8./9. (Klausur), 14., 28. Oktober, 11. November 2014, 18 Uhr

**Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau**  
Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

18. Oktober 2014, 9–13 Uhr

**Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau**  
Behördentagung zum Thema Asylpolitik  
voraussichtlich im Grossratsgebäude in Aarau

18. November 2014, 19 Uhr

**Parteilrat**  
Restaurant Rathausgarten, Aarau

## IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43  
Postfach, 5001 Aarau  
Tel. 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75  
sekretariat(at)sp-aargau.ch  
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr  
Auflage links.ag: 3255 Expl.

Redaktion: Katharina Kerr  
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe  
25. August 2014  
Redaktionsschluss nächste Ausgabe  
27. Oktober 2014

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Elisabeth Burgener, Dieter Egli, Jeannette Egli (Bild S. 11), Urs Hofmann, Katharina Kerr, Thomas Leitch, Susin Park.